

HOLGER POLITT, JÖRN SCHÜTRUMPF

DAS ERFURTER PROGRAMM 1891

ODER: DAS ABGLEITEN VON POLITIK IN SOZIALPOLITIK

Kein Parteiprogramm hat so viel Einfluss auf die internationale politische Linke ausgeübt wie das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem Jahre 1891. Für die anderen sozialdemokratischen Parteien Europas galt es als Vorbild. Auch die Bolschewiki schöpften aus ihm.

Doch das erneute Lesen des Textes ernüchert:

«Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.»¹

EIN IRRTUM

Die Grundannahme, der Untergang des Kleinbetriebes sei «naturnotwendig», und alle Produzenten würden schließlich zu doppelt freien Lohnarbeitern, führte zu der falschen Perspektive: Irgendwann werde die Arbeiterschaft die Mehrheit der Gesellschaft stellen und in ihrem Kampf um die «Ver-

wandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion» erfolgreich sein. Die Sozialdemokratische Partei habe die Aufgabe, diesen «Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen».

Dass sich die Partei damit in ein strategisches Dilemma begeben hatte, bemerkte der SPD-Vorstand spätestens an der verheerenden Niederlage bei den Reichstagswahlen 1907. Zwar wuchs die Arbeiterschaft noch, doch die absinkenden Mittelschichten verschwanden nicht, sondern regenerierten sich stets aufs Neue, nicht nur über immer wieder entstehende Kleinbetriebe, sondern als «neue Mittelschichten»: als Angestellte, Beamte, Freiberufler. Der Gedanke an eine irgendwann zur erreichende soziologische Mehrheit wurde stillschweigend zu Grabe getragen.

Hier lag die eigentliche Ursache dafür, dass sich die schon begonnene Spaltung der Arbeiterbewegung in einen avantgardistisch-revolutionären und in einen reformorientierten Flügel verfestigte; beide suchten in entgegengesetzten Richtungen nach Lösungen. (Selbst die oft zitierte Kritik von Friedrich Engels half nicht weiter. Denn sie war – bis auf seine Forderung nach einer deutschen Republik in der französischen Fassung der Jahre 1792 bis 1798 – lediglich eine Kritik an der mitunter holpernden Argumentationslogik und der oft geradezu schlampigen Gedankenführung [die nicht nur im Erfurter Programm anzutreffen ist], ging aber ebenfalls von der Wachstumserwartung aus.)²

¹ Alle Zitate aus <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>; siehe auch: Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1891 (Erfurter Programm), in: Lothar Berthold, Ernst Diehl: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 82–86. ² Friedrich Engels: Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmwerks 1891, in: http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_225.htm; siehe auch Berthold, Diehl: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 87–100 bzw. in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 22, S. 227–238.

DER AVANTGARDISTISCH-REVOLUTIONÄRE ANSATZ

Die einen – am radikalsten die Bolschewiki um Lenin – schwenkten auf eine Strategie ein, in der nicht mehr die zur Mehrheit heranwachsende Arbeiterschaft als Subjekt im Zentrum stand, sondern die Avantgarde, die Partei. Mit einer Handvoll Revolutionäre sollte die Welt aus den Angeln gehoben werden. Zum Ziel wurde die Erringung von Führung, von Hegemonie innerhalb sozial sehr heterogener Gruppen erklärt – unter Arbeitern und Bauern. Die einzige Entscheidung, die ihnen letzten Endes überlassen werden sollte – und dort, wo diese Strategie aufging, auch wurde –, war, ob sie der Avantgarde folgen, also deren Entscheidungen umsetzen, oder nicht. Damit wurde der Gedanke einer Emanzipation als Ergebnis einer Selbstbewegung der Arbeiterschaft zugunsten eines paternalistischen Herrschaftsanspruches aufgegeben. Den Geist der Emanzipation hatte das Erfurter Programm, trotz aller Probleme, immerhin geatmet, am vehementesten wurde er späterhin von Rosa Luxemburg verteidigt – was ihr die Avantgarde nie verzieh.

Das Ergebnis dieses Ansatzes ist bekannt: 1989 zwangen revolutionäre Bewegungen die staatssozialistischen Parteien in Europa, die Entscheidungsgewalt an die von ihnen bis dahin beherrschten Bevölkerungen zu übergeben. Die hatten nichts Eiligeres zu tun, als diesen verordneten Sozialismus ziemlich rückstandslos abzuschaffen und sich in die Arme der bürgerlich-kapitalistischen Welt zu werfen. Denn die Intellektuellen hatten wieder einmal ihre Hausaufgaben nicht gemacht – ernährt sie die Gesellschaft doch, weil sie eine Gruppe benötigt, die die anstehenden Probleme erkennt und Wege zu ihrer Lösung vorschlägt. Doch dieses Wissen um ihre eigene Rolle ist den Intellektuellen schon lange abhanden gekommen.

DER REFORMORIENTIERTE ANSATZ

Nach außen wurde nach 1907 vorerst fast nichts geändert, nach innen hingegen fast alles. In ihrer Programmlyrik blieb die SPD auch über das Heidelberger Programm (1925)³ hinaus zwar bei den Denkfiguren des Erfurter Programms, in der praktizierten Politik hingegen wurde der Weg der Kompromisse und eines immer zahnloseren Parlamentarismus eingeschlagen. Nun versuchte die SPD-Führung, die Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft hineinzuführen – individuell drängten ohnehin viele Arbeiter in sie hinein – und so eine Machtteilhabe für Reformen zu erringen. Damit verbunden war natürlich ein Abgehen vom Ziel, den Kapitalismus zu überwinden; stattdessen sollte er künftig nur noch gezügelt werden. Diese Entscheidung für die strategische Integration in die wilhelminische Gesellschaft führte die SPD über die Stationen *Zustimmung zu den Kriegskrediten* am 4. August 1914 und die spätestens seit 1907 angestrebte *Regierungsbeteiligung* am 3. Oktober 1918 schließlich zum 2. Mai 1933, der *Zerschlagung der Arbeiterbewegung*.

DIE ENTPOLITISIERUNG DER POLITIK

Im Erfurter Programm heißt es: «Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.» Friedrich Engels hatte daran nichts zu bemängeln.

Die Reduktion des politischen Kampfes auf eine Bedingung, die es ermöglicht, den ökonomischen Kampf führen zu können, hängt der Linken bis heute wie ein Stein am Hals. Für Marx war der politische Raum noch jene Sphäre, in der die Menschen ihre Angelegenheiten regeln und in die sie sich hineinkämpfen müssen.⁴ «Die Arbeiterklasse [...] hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluss einzuführen. Sie weiß, dass, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, dass sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.»⁵

Dieser Ansatz, «die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben», wurde im Erfurter Programm bestenfalls noch halbherzig verfolgt, in der Praxis dann aber bald fast vollständig aufgegeben. Statt das Eingreifen der Arbeiterschaft in die Politik zu befördern, betrieb die SPD-Führung Stellvertreterpolitik. So mutierte die Partei immer mehr zu einem Wahlverein, der möglichst viele Parlamentssitze erobern sollte und zu immer mehr Zugeständnissen an die herrschenden, halbabsolutistischen Zustände bereit war, nicht zuletzt an Chauvinismus und Militarismus.

In ihrer Hilflosigkeit entpolitisierte die SPD-Führung nach und nach ihr eigenes Agieren und reduzierte Politik auf soziale und ökonomische Forderungen: Achtstundentag, Arbeitsschutz, Chancengleichheit in der Bildung etc. Im Erfurter Programm hatte es immerhin noch geheißen: «Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.» Davon blieb in der Praxis nicht viel übrig. Aus einer Partei, die angetreten war, «*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist»,⁶ wurde ein politischer Arm der Gewerkschaften, im politischen Raum ein Vertreter sozialökonomischer Interessen der Arbeiterschaft – eine Rolle, die die SPD unter Gerhard Schröder auch noch aufgab.

³ Das Heidelberger Programm schrieb das Erfurter Programm in wesentlichen Zügen fort. In der Frage der Mittelschichten war es zwar etwas realitätsnäher und trotzdem noch weit entfernt von der Realität: «Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozess die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.» <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm> ⁴ Bei der Analyse der Pariser Kommune ging er dabei sehr ins Detail. Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, in: MEW, Bd. 17, S. 338 ff. ⁵ Ebenda, S. 343. ⁶ Ders.: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung, in: ebenda, Bd. 1, S. 385.

Eine derjenigen, die damals ausscherten, ist Rosa Luxemburg gewesen. Für sie war sozialistische Arbeiterbewegung nicht zuvorderst der, vor allem von den Gewerkschaften geführte, Kampf um bessere Lebensverhältnisse – auch wenn sie um die Bedeutung dieses Kampfes wusste und ihn alles andere als geringschätzte –, sondern Kampf um den Ausbau der politischen Freiheitsrechte, die sie um die sozialen Freiheitsrechte ergänzen wollte. Dafür waren ihr viele Mittel recht, auch der politische Massenstreik, den die SPD-Führung mied wie der Teufel das Weihwasser.⁷ Letzten Endes stand sie Marx näher als dem Erfurter Programm.

In den letzten Jahren ihres Lebens hasste sie jene Linken geradezu, die die erkämpften – halbwegs freiheitlichen – Zustände nur zu dem zu verwenden wussten, was auch alle anderen Politiker machen: bürgerliche Hinterzimmerpolitik.

DAS ENDE VON ERFURT

Wie wenig die SPD bereit war, mehr als Sozialpolitik zu betreiben, zeigte sich in der Novemberrevolution: Der Kaiser ging, die Generäle blieben – und mit ihnen das kaiserliche Militär,

die Justiz, Polizei und Verwaltung; von den prügelnden Paukern ganz zu schweigen.

Und der Reichspräsident wurde eine Art Ersatzkaiser, der den Parlamentarismus ausschalten und mit Notverordnungen regieren durfte. Am 30. Januar 1933 konnte Reichspräsident Hindenburg an Hitler ganz legal die politische Macht übergeben. Die sozialdemokratischen Anhänger, die über Jahrzehnte ihren Führern das politische Geschäft überlassen und nicht gelernt hatten, selbst in die Politik einzugreifen, standen der Diktatur ohnmächtig gegenüber.

Kein Rad stand still ...

⁷ Bereits in ihren allerersten Schriften legte Rosa Luxemburg größten Wert auf die Freiheitsrechte, die erst in der bürgerlichen Gesellschaft erkämpfbar sind. Am Ende ihres Weges, im Gefängnismanuskript zur russischen Revolution, schrieb sie den Bolschewiki ins Stammbuch, dass Sozialismus ohne Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Koalitionsfreiheit kein Sozialismus ist, weil die Herrschaft nur mit diktatorischen – also antisozialistischen – Mitteln(!) aufrechterhalten werden kann.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE 36/2011: Okt. 2011

STANDPUNKTE 2011

- 1/2011
JÖRN SCHÜTRUMPF: Rosa Luxemburg
oder: die Freiheit der Andersdenkenden
- 2/2011
JOCHEN WEICHOLD: Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?
- 3/2011
AXEL TROOST: Quo vadis Finanzreform?
- 4/2011
MICHAELA KLINGBERG: Der Sockel des Kaisers muss ...
- 5/2011
ROLF GÖSSNER: Im Geist des Kalten Krieges –
im Namen der «streitbaren Demokratie»
- 6/2011
FRIEDRICH BURSCHEL: Geld gegen Gesinnung
- 7/2011
SARAH SCHULZ: Vom Werden der fdGO
- 8/2011
ALEXANDRA MANSKE: Die «Neu-Erfindung»
der Arbeitsgesellschaft
- 9/2011
HANS THIE: EXIT statt EXITUS
- 10/2011
MICHAEL BRIE: Rosa Luxemburgs Symphonie
zur russischen Revolution
- 11/2011
ULRICH BUSCH: Perspektiven der deutsch-deutschen
Konvergenz bis 2020
- 12/2011
MARCUS HAWEL: Politische Bildungsarbeit
zu Konfliktzonen
- 13/2011
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER:
Völkisch und sozial?
- 14/2011
WALTER RÖSLER: Eigentum – eine Grundfrage
der sozialistischen Bewegung
- 15/2011
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung
- 16/2011
DIETER KLEIN: Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt
künftiger Transformation
- 17/2011
Politiken des (Post)Wachstum
- 18/2011
Gerecht und mit System
- 19/2011
RENÉ JOKISCH, MATTHIAS MONROY:
Wikileaks – Bewegung im Fall Bradley Manning
- 20/2011
HELMUT MATTHES: Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise
- 21/2011
PETER BIERL: Tierrechts-Bewegung auf Abwegen
- 22/2011
FRIEDHELM HENGSBACH SJ:
Europäische Solidarität – nicht zum Nulltarif
- 23/2011
STEFAN BOLLINGER: Der Sieg, der eine Niederlage war
- 24/2011
ALEXANDER SCHLAGER: «Stuttgart 21» und
die Demokratiefrage
- 25/2011
LUTZ BRANGSCH: Griechische Krisen und
deutsche Exportüberschüsse
- 26/2011
INGO STÜTZLE: Downgrade!!! Macht und Ohnmacht
der Rating-Agenturen
- 27/2011
HARALD WEINBERG: Eine solidarische Bürgerinnen- und
Bürgerversicherung ist möglich
- 28/2011
UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der Linken
- 29/2011
ERIC MANN: Transformatives Organizing
- 28/2011
UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der Linken
- 29/2011
ERIC MANN: Transformatives Organizing –
Praxistheorie und theoriegeleitete Praxis
- 30/2011
ANDREAS DIERS: «Marxismus und Staat» reloaded
- 31/2011
LUTZ MEZ: Atomenergie – Renaissance oder Talfahrt?
- 32/2011
GERD WIEGEL, ROLAND BACH: Mäßig bis desaströs
- 33/2011
INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE: Sozialökologi-
scher Umbau auf dem Weg in eine solidarische Moderne
- 34/2011
DIETER KLEIN: Das Viereck – Nachdenken über eine
zeitgemäße Erzählung der Linken
- 35/2011
WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT VON ATTAC:
Die Finanzmärkte kontrollieren statt die Bevölkerung von
Schuldnerstaaten auszupressen